

## **Anmerkungen zur aktuellen weltpolitischen Lage**

von Dr. Herbert Ruland

### **Der 11. September 2001**

Am 11. September 2001 geschah das für die breite Weltöffentlichkeit Unfassbare. Mit generalstabsmäßig geplanten Attacken zerstörten Selbstmordattentäter Zentren der politisch-militärischen und wirtschaftlichen Macht der letzten verbliebenen Supermacht USA. Amerika fühlt sich herausgefordert wie noch nie nach dem Zweiten Weltkrieg.

Zwar stehen seit den achtziger Jahren Anschläge auf amerikanische Bürger und Einrichtungen weltweit auf der Tagesordnung. Noch nie aber wurden die USA so entscheidend im eigenen Land getroffen.

Ein wesentliches Ziel US-amerikanischer Politik ist es, Kriege für ihre Interessen unter Schonung des eigenen Territoriums möglichst in geographisch sicherer Entfernung zu führen. Nunmehr traf dieser verheerende Schlag Nervenzentren der USA selbst, daher die ungezügelt Racherufe aus der Bevölkerung und teilweise auch aus der Politik. Die USA bereiten sich - und damit zwangsweise die ganze Welt -, auf einen langfristigen Krieg gegen den internationalen Terrorismus vor.

### **Ursachen:**

Kaum hinterfragt werden in den USA aber die Ursachen dieser Entwicklung und auch nicht inwieweit die eigene Politik daran zumindest mitschuldig ist. In ihrem Streben die gesamte Welt nach ihren Vorstellungen zu organisieren, d.h. letztendlich auch abhängig zu machen, wird die Politik der USA nicht nur in ihrem lateinamerikanischen Hinterhof und in den arabischen Staaten oft als extrem bevormundend, arrogant und anmaßend empfunden. Der Einsatz direkter militärischer Gewalt, auch die Anwendung verdeckter Methoden zur Unterstützung Amerikafreundlicher Despotenregime einerseits, andererseits die Destabilisierung und der Sturz unliebsamer Regierungen, haben in weiten Teilen der Welt die Stimmung der Bevölkerung gegenüber den Vereinigten Staaten in blanken Hass umschlagen lassen. Und *für diese Politik steht in vielen Köpfen nicht zuletzt das US-Verteidigungsministerium, nach seiner Bauart ‚Pentagon‘ genannt.*

Die Politik der forcierten Globalisierung seit dem Ende der Sowjetunion, die Öffnung kaum entwickelter Märkte für das Kapital aus den Industriestaaten, der damit verbundene Abbau auch nur rudimentär vorhandener Sozialsysteme in den Entwicklungs- und Schwellenländern, die Verelendung großer Teile der dortigen Bevölkerung, die Rolle der Weltbank, des Internationalen Währungsfonds, die als Vollstrecker amerikanischer Interessen angesehen werden, all Das prägt das Amerikabild weiter Teile der Weltbevölkerung.

*Der Angriff auf das ‚World-Trade-Center‘ muss zumindest symbolisch als Angriff auf den weltweiten Vormarsch des kapitalistischen Systems gewertet werden.*

Nicht unerwähnt gelassen werden kann auch die kontraproduktive Rolle der Bush-Administration bei der Lösung internationaler Konflikte, hier insbesondere in der Palästinafrage. Zeigte die Clinton-Regierung noch ein ehrliches Interesse daran, hilfreich an einer Verhandlungslösung mitzuarbeiten, so hielt sich Bush bisher nahezu gänzlich aus diesem Konflikt heraus. Die Palästinenser, wie überhaupt weite Teile der arabischen Welt, fühlten sich in ihrem Urteil bestätigt, dass die USA Sharon in seiner Unterdrückungspolitik gegenüber der einheimischen Bevölkerung des Gaza-Streifens, der West-Bank und Ost-Jerusalems freie Hand lassen.

Töricht ist auch der Versuch der USA, mehr oder weniger mit Druck, eine internationale Koalition gegen den Terrorismus auf die Beine zu bringen. Das Motto: „Neutralität gibt es nicht, wer nicht für uns ist, ist gegen uns“, wird wohl weitere Teile der Weltbevölkerung, insbesondere in den moslemischen Staaten, die nicht unter einer absoluten ‚Pax Americana‘ leben wollen, gegen die USA und auch ihre Regierungen aufbringen. Die Gegner einer ungezügelter Globalisierung, die sich erstmals 1999 in Seattle lautstark zu Wort meldeten, haben vor all dem und seinen fatalen Folgen ( bisher fast völlig vergebens) gewarnt.

### **Und Westeuropa?**

Die Bevölkerung war entsetzt, die Regierungen kondolierten und äußerten ihre Solidarität. Das war gut und richtig so. Doch schon sehr bald wurde aus dieser Solidarität mit den Opfern, eine Solidaritätsbekundung gegenüber der amerikanischen Regierung, der blindlings vertraut wird, ja den Amerikanern wurde via Nato fast ein Blankoscheck für militärische Hilfe ausgestellt. Es könnte somit der ‚Verteidigungsfall‘ gegen einen Angreifer eintreten, den wir Heute noch gar nicht kennen.

Alle Vorbehalte der Europäer und ihrer Regierungen gegenüber der Politik der Bush-Administration scheinen verfliegen. Noch im August dieses Jahres, gerade einmal vor vier Wochen(!), lehnten nach einer repräsentativen Umfrage der International Herald Tribune/Pew Research Center, die Westeuropäer mit übergroßer Zahl die aktuelle US-Politik ab: kritisiert wurden einhellig die amerikanischen Raketenabwehrpläne, die Nichtratifizierung des Kyoto-Abkommens zum Klimaschutz oder etwa auch die Haltung der Amerikaner zur Todesstrafe. Fast Vier-Fünftel der Franzosen, Briten, Italiener und Deutschen gingen davon aus, dass die Politik der USA vornehmlich ihren eigenen Interessen dient und höchstens am Rand europäische Belange berücksichtigt.

Und das soll nun alles anderes sein? Schon während des Kosovo-Kriegs flog die US-Luftwaffe, obwohl dazu angehalten, 85% ihrer Einsätze ohne die Verbündeten zu konsultieren: das war unter Clinton und bekannter Weise kommen die Europäer besser mit einer demokratischen Regierung als mit den Republikanern klar. Wir können nur entschieden hoffen, dass die westeuropäischen Regierungen gegenüber dem Vorgehen der Amerikaner Augenmaß gelten lassen und wie es Bundeskanzler Schröder ausdrückte „für Abenteuer nicht zur Verfügung“ stehen. Westeuropa wäre Angriffen des internationalen Terrorismus, schon wegen der geographischen Lage, wesentlich leichter ausgeliefert, als der eher abgeschottete Kontinent Nord-Amerika.

### **Strategie und Zukunft:**

Wir können es den Verantwortlichen in den USA nicht verdenken, wenn sie die tatsächlichen Hintermänner (Beweise?) der Anschläge vom 11. September suchen und unschädlich zu machen trachten. Im Idealfall würden die Täter in einer Art Polizeiaktion gestellt und vor ein internationales und unabhängiges Gericht gestellt.

Zu hoffen bleibt, dass das massive Militäraufgebot der Amerikaner, das gerade zusammengezogen wird, nicht zu Flächenangriffen genutzt wird. Sinnlose Opfer unter der Zivilbevölkerung sind durch nichts gerechtfertigt. Solche Maßnahmen wirken kontraproduktiv und bringen weiteren Nachwuchs für Terrororganisationen hervor.

In Westeuropa abgetauchte terroristische Gruppen auch sog. ‚Schläfer‘ müssen mit allen rechtsstaatlichen Mitteln aufgespürt und in ihren Handlungen lahm gelegt werden.

Unsere verfasste Rechtsstaatlichkeit darf aber höchstens in dem Maße, wie sie der tatsächlichen Terrorbekämpfung dient, eingeschränkt werden: Rechte Law and Order Propheten dürfen auch in solchen Zeiten keine Chance haben. Schützend müssen wir uns vor unsere muslimischen Mitbürger stellen: auch hier sind nicht mehr Menschen für Terror und Gewalt zugänglich als in anderen Bevölkerungsgruppen. Auch bei Versuchen die Asylgesetzgebung zu verschärfen, müssen wir wachsam sein.

Vielleicht entsteht aus alledem eine neue breite Bürgerbewegung, die sich die Verteidigung der Zivilgesellschaft zur Aufgabe setzt. Fakt ist natürlich, dass terroristische Aktionen von verblendeten Fanatikern und Einzelgängern nie gänzlich zu verhindern sein werden.

Nur eine gerechtere Weltwirtschaftsordnung, eine Hebung des Lebensstandards in den nichtwestlichen Ländern, die Akzeptanz anderer Kulturen und nicht zuletzt energisches Vorgehen zur Lösung politischer Dauerkonflikte wie des Palästina-Problems, aber etwa auch in Kaschmir, Kurdistan, Nord-Irland und dem Baskenland, kann dem Terrorismus als einer Bewegung der Verlierer im weltweiten Geschäft die Massenbasis entziehen.